

# Chronik einer mutwilligen Instabilität

## Politische Verwerfungen in Schlaglichtern

Theodor Rathgeber

Am 26. Oktober 2018 zog der Präsident Sri Lankas, Maithripala Sirisena, seine *United People's Freedom Alliance* (UPFA) aus der Koalitionsregierung mit der *United National Party* (UNP) zurück, entließ Premierminister Ranil Wickremesinghe (UNP) und berief an seiner Stelle den vormaligen Präsidenten Mahinda Rajapaksa zum neuen Premierminister. Danach sollten das Parlament aufgelöst, Neuwahlen im Januar festgesetzt und die neu berufene Regierung mit allen Amtsbefugnissen ausgestattet werden. Nicht nur Verfassungsexpert(inn)en hielten einen solchen Machtwechsel für verfassungswidrig. Auch parlamentarisch und öffentlich wurde teilweise erfolgreich dagegen protestiert. Der Kommentar von Sunanda Deshapriya im vorhergehenden Artikel hat die allermeisten Stationen der Vorgänge in Sri Lanka benannt. Der nachfolgende Text leuchtet einige Hintergründe dazu aus.

**M**ahinda Rajapaksa hatte Sri Lanka von 2005 bis 2015 als Präsident regiert und 2009 den Krieg gegen die *Tamil Tigers* (LTTE) mit Mitteln beendet, die ihm Vorwürfe über schwere Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen einbrachten. Nach dem Ende des bewaffneten Konflikts hatte Rajapaksa das Land zunehmend autoritär regiert. Maithripala Sirisena war in dieser Zeit unter anderem Gesundheitsminister in seinem Kabinett. Sirisena trat zur Präsidentenwahl 2015 als gemeinsamer Präsidentschaftskandidat der Opposition gegen Rajapaksa an und gewann die Wahl unter anderem mit dem Versprechen, den Machtmissbrauch durch die damals weitgehenden Befugnisse des Präsidenten beenden zu wollen. Dieses Versprechen hatte die als Reformregierung angetretene Koalition unter Präsident Sirisena durch den 19. Zusatz zur Verfassung (*amendment*) im April 2015 auch tatsächlich rasch umgesetzt. Ironie des Schicksals: Derselbe Sirisena wollte sich just über die Machtübertragung im 19. *Amendment* auf den Ministerpräsidenten

und das Parlament im Oktober 2018 hinwegsetzen.

### Zuspitzung der internen Krisen in 2018

Im Februar 2018 fanden Gemeindevahlen statt, in denen das Parteienbündnis von Mahinda Rajapaksa in den singalesisch sprechenden Regionen einen erdrutschartigen Sieg davon trug. Ab diesem Zeitpunkt stand die politische Renaissance von Rajapaksa und seinen Anhängern bei den nächsten regulären Wahlen 2019 (Präsidentschaft) und 2020 (Parlament) als realistisches Szenario drohend im Raum. Das Zerwürfnis innerhalb der Regierung zwischen Präsident und Premierminister nahm Fahrt auf, zumal die Verwicklung von führenden UNP-Mitgliedern in einen Anleihenbetrug bei der Zentralbank offenkundig wurde und das Image der Regierungskoalition gerade im Bereich Korruptionsbekämpfung beschädigte. Immerhin ein Handlungsfeld der Regierung, an dem sowohl die singalesische wie die tamilische oder muslimische Bevölke-

rung starkes Interesse zeigte. In beiden Parteien, der UPFA von Sirisena wie der UNP von Wickremesinghe, dürfte die Ahnung gereift sein, dass die nächsten Wahlen auf nationaler Ebene eher gegen als mit dem Regierungspartner zu gewinnen seien.

Im Hintergrund schwelte außerdem ein Konflikt über den Fokus der außenpolitischen Orientierung Sri Lankas. Rajapaksa hatte bereits in seiner Präsidentschaft die Beziehungen zu China speziell gefördert, Sri Lanka dabei aber hoch verschuldet. Wichtige strategische Infrastrukturprojekte wurden mit der chinesischen Regierung vereinbart und an chinesische Investoren vergeben, so der Ausbau des Hafens und des Finanzzentrums *Port City* in Colombo, der Hafens von Hambantota und der Flughafen Mattala. Rajapaksa hatte durch diese Projekte gleichzeitig seiner Wählerklientel Arbeitsplätze und Einkommen verschafft, während die Reformregierung unter Sirisena ab 2015 kaum nennenswerte, wirtschaftliche Erfolge erzielen konnte. Im Gegenteil, die Verschuldung durch die ge-

nannten Projekte und die ab 2016 einsetzenden Rückzahlungsverpflichtungen an China schnürten wirtschaftlichen Maßnahmen oder Reformen die Luft ab. Schließlich rief zu Zeiten von Rajapaksa die Entscheidung, chinesische U-Boote in srilankischen Häfen anlegen zu lassen, nicht zuletzt die Regierungen in Indien und den USA auf den Plan.

Demgegenüber bevorzugte Premierminister Wickremesinghe einen pro-westlichen Kurs und förderte enge Bindungen zwischen Sri Lanka und Indien sowie mit der Europäischen Union (EU) und den USA. Da die UNP von Grund auf eine marktliberale Politik betreibt, war Wickremesinghe ein geradezu idealer Partner für die EU. Das Wiederaufleben des Zollpräferenzabkommens GSP+ im Jahr 2017 war fast eine Formsache. Aber auch hier ergaben sich in so kurzer Zeit keine darstellbaren Erfolge für den Groß-

Der Parlamentsabgeordnete der Rajapaksa-Fraktion bedrohte die unbewaffnete Ordnungspolizei im Parlament, die den Parlamentspräsidenten vor Attacken abschirmten.

Bild: Sri Lanka Brief

teil der Bevölkerung, die nicht nur Reformen im politischen und staatsrechtlichen Bereich sondern auch in der Beschäftigung erwartete. So mag Präsident Sirisena insgesamt zum Schluss gekommen sein, dass die wirtschaftliche Fortune von Rajapaksa, wie teuer sie das Land später auch zu stehen kommen mag, für seine Wiederwahl die wohl sicherere Bank bedeutet. Das Reformprojekt der Regierung war in weiten Teilen gescheitert und würde voraussichtlich keine Wähler/-innen mobilisieren wie 2015.

### Szenen einer Machtergreifung

Der Abberufung von Wickremesinghe und der Amtseinführung von Rajapaksa als Premierminister folgten der erwartbare Protest wie auch die Unterstützung. Stutzig werden ließen hingegen die umgehende Okkupation der staatlich gelenkten Medien und die eifrige Besetzung politischer Schaltstellen in Schlüsselministerien. Dies erinnerte stark an den Begriff der Machtergreifung. In den umstrittenen Parlamentssitzungen Anfang und Mitte November versuchten die Anhänger der

Rajapaksa-Fraktion (*Sri Lanka Podujana Party*; SLPP), jeglichen formalen Ablauf zu ihren Ungunsten durch Randalen zu verhindern. Der Parlamentspräsident Karu Jayasuriya musste von rund zwei Dutzend Saalordnern abgeschirmt werden, als er, wenngleich erfolglos, versuchte, den Stuhl des Sitzungspräsidenten einzunehmen. Mit extra scharfem Chili vermengtes Wasser wurde auf die Augenpartien der Personenschützer gespritzt. Möglicherweise gewollte Symbolik: Wasser mit Chili versetzt wurde unter anderem unter Rajapaksas Präsidentschaft als Folter gegen Singhalesen angewandt, die einer Straftat verdächtig waren, oder gegen Tamilen, die des Terrorismus verdächtig wurden.

Befeuert wurde das Menetekel der Machtergreifung durch orchestrierte Stellungnahmen aus dem Bereich der akademischen und anderer, nicht direkt in den Parteienstreit verwickelter Einrichtungen. Knapp eine Woche nach der Ämterrochade meldete sich etwa die nationale Vereinigung der universitären Akademiker/-innen (*National Association of University Academics*) zu





Wort, also ein Personenkreis, dem eine reflektierte Schau auf die Dinge unterstellt werden darf. In der Vereinigung ist Lehrpersonal aus allen Universitäten des Landes mit Ausnahme der Nordprovinz vertreten.

Im Rahmen einer Visite beim neu ernannten Premierminister Rajapaksa am 2. November stellte der Sekretär dieser Vereinigung, Prof. Channa Jayasumana, ein 5-Punkte-Memorandum der Öffentlichkeit vor. Der Prozess der Verfassungsreform solle umgehend beendet, die Nachforschungen zum Korruptionsskandal an der Zentralbank sollen veröffentlicht und Verantwortliche strafrechtlich verfolgt werden. Im dritten Punkt fordert das Memorandum eine Abkehr von der Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen. Insbesondere solle der Bericht des UN Hochkommissars für Menschenrechte aus dem Jahr 2015 (*Report of the OHCHR Investigation on Sri Lanka*; OISL) und die Resolution 30/1 des UN Menschenrechtsrates aus demselben Jahr für Null und nichtig erklärt werden. Beide UN Dokumente behandeln unter anderem Fälle schwerer Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen in Sri Lanka unter der Präsidentschaft von Rajapaksa sowie die Aufforderung, bei der politischen und juristischen Bewältigung dieser Verbrechen die Expertise internatio-

ner Expert(inn)en in Anspruch zu nehmen. Mit der Einladung an fünf UN Sonderberichterstatter/-innen zu verschiedenen thematischen Menschenrechten war die Regierung Sirisena und Wickremesinghe dieser Aufforderung ein Stück weit sogar nachgekommen. Die Resolution 30/1 war vom damaligen Außenminister Sri Lankas, Mangala Samaraweera, mitunterstützt worden.

Als vierten Aspekt nennt das Memorandum den Schutz aller nationalen Erbgüter und bedeutsamer archäologischer Grabungsstätten ohne Unterschied nach Regionen. Was sich nachvollziehbar und schlüssig liest, ist Bestandteil einer Strategie seitens nationalistisch-singhalesischer Gruppen, der Geschichtsschreibung Sri Lankas einen hegemonialen Blick zu verpassen. Vergleichbar der Umdeutung religiöser Stätten durch die BJP in Indien, sollen Gedenkstätten anderer ethnischer oder religiöser Bevölkerungsgruppen in Sri Lanka als ursprünglich buddhistisch-singalesische Orte von Bedeutung umgedeutet, ausgewiesen und letztlich getilgt werden. Der fünfte Aspekt fordert den Stopp der direkten Finanzierung für die Arbeit von einheimischen NGOs durch ausländische Hilfsgelder. Außerdem müssten diese NGOs einer ständigen Überprüfung ihrer Aktivitäten unterliegen. Die Geister von

Protestplakate der zivilgesellschaftlichen Gruppen, die teilweise direkt am Kundgebungsplatz hergestellt wurden.

Bild: Sri Lanka Brief

vor 2015 wurden wieder wach, und Rajapaksa wies seine Untergebenen an, alles Notwendige zu veranlassen, um diese Forderungen rasch umzusetzen.

### **Unerwartet starke Vorbehalte**

Dass sich Stimmen aus dem Ausland melden würden, war wohl im Kalkül von Sirisena und Rajapaksa berücksichtigt. Nicht ganz so kalkuliert war jedoch anscheinend die Vehemenz und Beständigkeit, mit der berufsständische Organisationen und insbesondere der Großteil des diplomatischen Corps reagierten. Der internationale Bund der Journalist(inn)en (*International Federation of Journalists*; IFJ) meldete sich nach der Abberufung des Kriminalinspektors Nishantha Silva am 18. November in einer gemeinsamen Stellungnahme mit der *Sri Lanka Working Journalists Association* (SLWJA) zu Wort. Beide forderten die umgehende Fortführung der strafrechtlichen Untersuchungen an Morden und Attacken gegen Journalist(inn)en während der Amtszeit von Rajapaksa. Ungeschönt äußerte der SLWJA-Präsident Dhuminda Sampath seine

Vermutung, die Abberufung diene allein dem Zweck, die eingeleiteten Anklagen niederzuschlagen. Umgehend sah sich die Führungsriege der SLWJA Morddrohungen ausgesetzt. SLWJA-Mitglieder, die in staatlich kontrollierten Medien arbeiteten, wurden drangsaliert. Illegal aufgenommene Gespräche kritischen Inhalts zur Krise wurden über Fernsehprogramme staatlicher Medien verbreitet und die Sprechenden als Landesverräter gebrandmarkt.

Recht unverblümt sprachen sich in Colombo ansässige diplomatische Vertretungen vor allem westlicher Länder für ein von der Verfassung vorgegebenes Verfahren zur Ernennung des Premierministers aus und gaben ihrer Erwartung Ausdruck, dass auch das Parlament in seinen verfassungsmäßigen Funktionen nicht gehindert werde. Schon wenige Tage nach der Amtsenthebung von Wickremesinghe, so am 29.10., äußerten sich die Botschafter der USA, der EU, Großbritanniens, Deutschlands, Norwegens, der Schweiz und anderer kritisch zu Legalität der Handlung. Der deutsche Botschafter nutzte außerdem das Medium Twitter, um seine Vorbehalte öffentlich kund zu tun.

Die fragwürdige Auflösung des Parlaments durch Sirisena und die Ansetzung von Neuwahlen für Januar 2019 lösten einen zweiten Schub von kritischen Stellungnahmen aus. Die Sprecherin der Europäischen Kommission, Maja Kocijancic, kritisierte in Brüssel am 10. November die Auflösung des Parlaments. Derartige Maßnahmen würden das Vertrauen der Öffentlichkeit in die demokratischen Institutionen des Landes untergraben. Die EU erwarte eine rasche und friedfertige Lösung der Krise im Einklang mit der Verfassung. Am gleichen Tag twitterten die Abteilungsleitung zu Süd- und Zentralasien im US-Außenministerium, der britische, für Asien und den Pazifik zuständige Staatssekre-

tär sowie das kanadische Außenministerium ihr jeweiliges Unverständnis über diese Maßnahme und die daraus resultierende Gefahr für den Versöhnungsprozess. Der australische Außenminister gab seiner Enttäuschung Ausdruck, dass die Auflösung des Parlaments den Boden bereiten könnte, Sri Lankas Demokratie und Stabilität zu untergraben.

Einen Tag später, am 11.11., gab der UN Generalsekretär seiner Besorgnis Ausdruck, dass die Entscheidung des Präsidenten dem demokratischen Prozess in Sri Lanka zuwiderlaufe. Wiederum einen Tag später, am 12.11., entschieden einige Botschafter, die Einladung des neu berufenen Außenministers Sarath Amunugama zu einem Gespräch nicht durch ihre Botschafter sondern durch nachrangige Botschaftsvertreter/innen wahrzunehmen. Dazu gehörten Großbritannien, die Niederlande, Norwegen, Frankreich, Australien, Südafrika, Italien, Kanada und Indien. Die EU, USA und Deutschland sandten ihre Botschafterin und Botschafter. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Tatsache, dass von 43 geladenen diplomatischen Vertretungen nur wenige davon überhaupt am Gespräch teilnahmen, ließen manche Beobachter vor Ort von einem Boykott sprechen. Solch kritische Auftritte durch Diplomat(inn)en, und in so geballter Form, ereignen sich in der Tat nicht alle Tage. Sie haben der Wiederbelebung der kritischen Zivilgesellschaft in Sri Lanka und einer unabhängig agierenden Justiz einen wichtigen Resonanzboden zur Seite gestellt. So bleibt etwas Hoffnung, dass die nähere Zukunft des Landes nicht wieder von Brachialgewalt bestimmt wird.

### Letzte Meldung vor der Drucklegung

Am 7. Dezember traf der Supreme Court die Entscheidung, die Anordnung des Präsidenten weiter auszu-

setzen, der zufolge das Parlament aufgelöst werden sollte. Die Suspendierung galt bis zum 10. Dezember. Bis dahin wollte sich das 7-köpfige Richterergremium weiter in der Sache beraten

Im Vorfeld zu dieser Entscheidung hatten sich am gleichen Tag die europäische (*European Chamber of Commerce of Sri Lanka; ECCSL*), die US-amerikanische (*American Chamber of Commerce; AMCHAM*) und die deutsch-sri-lankische Handelskammern (*Delegation of German Industry and Commerce in Sri Lanka; AHK Sri Lanka*) in einem gemeinsamen Statement zu Wort gemeldet und ihre Besorgnis gegenüber der politisch unsicheren Lage geäußert. Sie warnten vor wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen, sollte das Vertrauen in die Verlässlichkeit der legalen und demokratischen Institutionen nicht wieder hergestellt werden können.

#### Zum Autor



Theodor Rathgeber ist in der Redaktion von SÜDASIEN als verantwortlicher Redakteur tätig.